



Bochumer Studenten Zeitung

Start zur SP-Wahl!

BOCHUM. (BSZ) — Der Wahlkampf hat in diesem Jahr lange auf sich warten lassen. Gewitzigt durch die zum Teil schlechten finanziellen Erfahrungen der Wahlgemeinschaften des letzten Jahres, ließen die Hochschulgruppen diesmal ihre Ideen lange im trocknen.

Bis vor anderthalb Wochen stand überdies nicht einmal fest, wer am Wahlkampf teilnehmen würde. Der Wahlschuß hatte zunächst mangelhafte Wahlunterlagen moniert, entschied aber, nach Beschwerde einiger Kandidaten und Gruppen, in zweiter Instanz weniger unerbittlich.

Folgende Wahlgemeinschaften bewerber

ben sich um einen Sitz im 2. Bochumer Studentenparlament:

- Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB),
- Wahlgemeinschaft unabhängiger Studenten,
- Liste Unabhängiger Studenten (LUS),
- Gemeinschaft Unabhängiger Studenten (GUNST),
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS),
- Bochumer Studenten-Union (BSU),
- Freidemokratischer Hochschulverband - Wahlgemeinschaft (FHV-WG),
- Humanistische Studenten-Union (HSU).

Heute:

- Seite 2: Medizinalassistenten
- Seite 3/5: Wahl-Panorama
- Seite 5: Festival-Krise
- Seite 6: Schalla nimmt Stellung

Heute, 14 Uhr, Hörsaal C 1

Vollversammlung

der Studentenschaft.

Am Montag soll die vom Kultusminister propagierte Disziplinarordnung durch den Senat gepeitscht werden. Wir müssen uns wehren, ehe es zu spät ist!

Wahl-Preisauusschreiben

Gesucht: Der genaue Prozentsatz der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum 2. Bochumer Studentenparlament. Bitte, schätzen Sie gut: am besten bis auf die Stelle hinterm Komma! Bringen Sie „Ihr“ Ergebnis in der Baracke 8 vorbei. Letzter Termin: 2. 7. 68, 24 Uhr. Sie mühen sich nicht umsonst. Als Preise halten wir Buchgutscheine bereit, die beim Wahlball am 5. 7. an die Gewinner ausgegeben werden. Die Bedingungen: Sie können nur einmal schätzen, und Sie müssen selbst gewählt haben, wenn Sie gewinnen wollen. Finsterer Hintergedanke der BSZ: Die Wahlbeteiligung steigern, Wahlmuffel an die Urnen treiben!!

Mehr Studenten im Konvent

BOCHUM (BSZ) — Bei der Sitzung des Konvents am vergangenen Mittwoch wurde über zwei Anträge des Senats und des Vorstandes der Studentenschaft abgestimmt. Der Senat schlug folgende neue Zusammensetzung des Konvents vor:

1. alle Professoren und habilitierten Mitglieder des Lehrkörpers,
2. von den übrigen habilitierten Mitgliedern ein Vertreter je Abteilung,
3. der Kanzler der Universität,
4. die beiden Vertreter der Studentenschaft und der Assistentenschaft im Senat,
5. je 5 Vertreter des Vorstandes der Studentenschaft und der Assistentenschaft.

Danach werden künftig je 43 (statt bisher 5) Vertreter der Assistenten und Studenten im Konvent sitzen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der studentischen Vertreter mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Mit 120:13 Stimmen hatte der Konvent zuvor einen Antrag der Studentenschaft abgelehnt, der drittelparitätische Besetzung des höchsten Universitätsorgans vorsah.

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

Gefesselt?

Ein Schlag gegen die Aktivität der Studenten soll mit der neuen Universitätsordnung geführt werden, die jetzt als Entwurf des Kultusministeriums den Hochschulen in NRW vorliegt.

Nachdem der Rektor seine eigene Vorlage zurückgezogen hat, weil sie von der Studentenschaft energisch abgelehnt worden war, kommt der KM selbst.

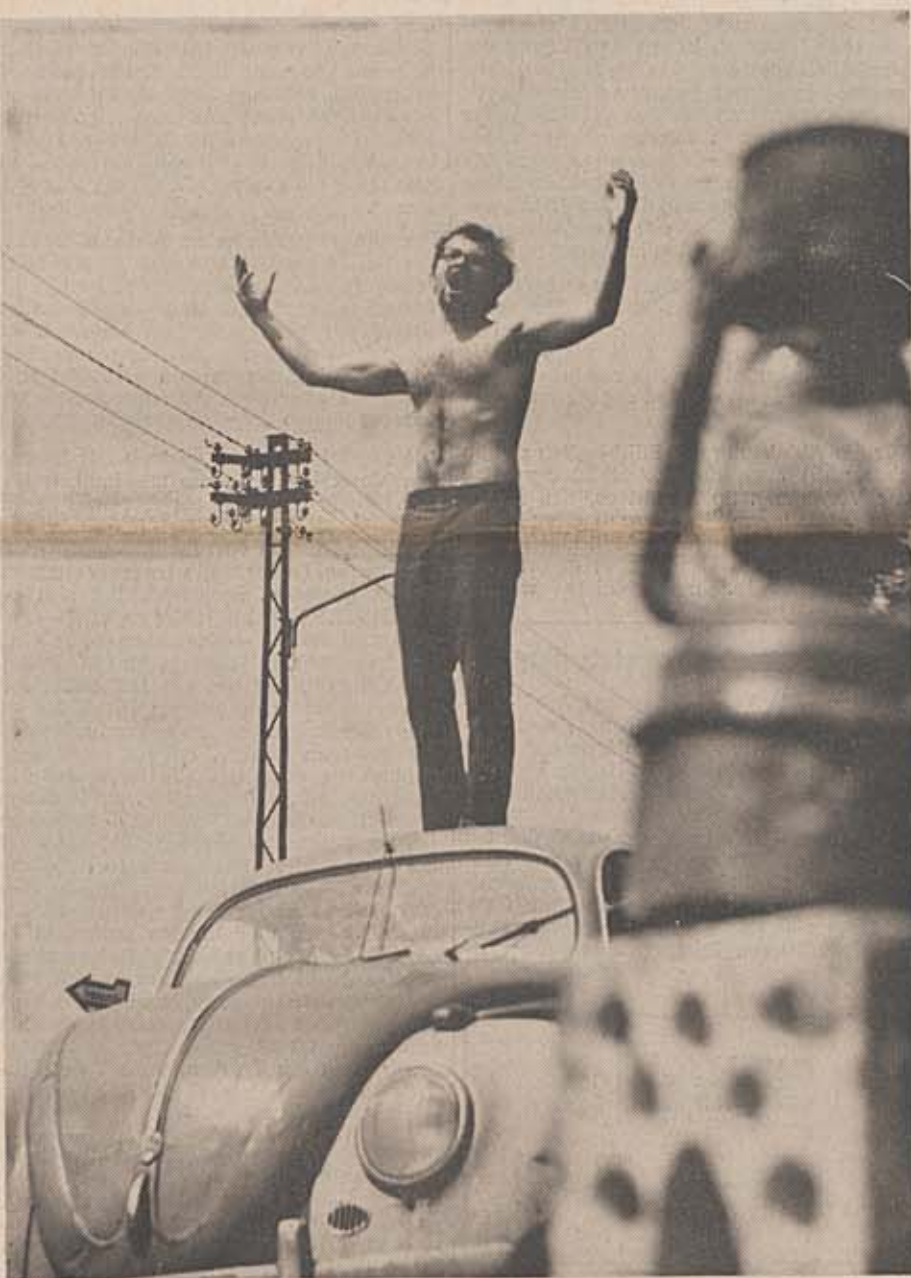
Mit einem generellen Tatbestand werden alle Proteste erfaßt, die den „ordnungsgemäßen“ Betrieb der Universität beeinträchtigen könnten, auch „wenn das Unrechtsbewußtsein fehlt“, das heißt gerade für Aktionen aus Kritik am Bestehenden.

Die Strafmaßnahmen reichen von Androhungen über Ausschuß von Veranstaltungen bis zur Zwangsexmatrikulation.

In freier Auslegung der Generalklausel entscheidet der Rektor über die Strafen, bei Einspruch ein Ordnungsausschuß, in dem ein Professor, ein Verwaltungsbeamter und ein Student sitzen.

Der Rektor will über diese Ordnung am Montag vom Senat beschließen lassen, nachdem viele Senatoren den Entwurf erst am Dienstag dieser Woche erhalten haben. Die Studenten sollen in solchen Fesseln endlich zur Ruhe kommen.

Darum ist Ruhe jetzt tödlich. Nur mit energischem Protest kann die Studentenschaft dieses Ermächtigungsgesetz am Montag verhindern.



Sprache der Herrschaft

Podiumsdiskussion des FORUM POLITIKUM

Am 20. Juni rangen in einem dreieinhalbstündigen Gespräch unter der Leitung des verantwortlichen Redakteurs der RUHR-REFLEXE, Klaus Dillmann, um das Problem der Sprache als Herrschaftsinstrument Prof. Dr. Peter Hartmann, Linguist aus Münster, Dr. Jürgen Frese, Bochumer Philosophieassistent, dessen Chef, Prof. Dr. Hermann Lübke, der Herausgeber der Westfälischen Zeitschrift DAS ARGUMENT, Dr. Wolfgang Fritz Haug, der Chefredakteur der Münchener Literaturzeitschrift „Kürbiskern“, Yaak Karsunke, und der Frankfurter Philo-

sophieassistent Henrich von Nußbaum, der anstelle des verhinderten Dr. Oskar Negt gekommen war.

Der Veranstalter skizzierte einleitend das Thema in der Weise, daß er auf den offiziellen Jargon bundesdeutscher Politiker und des größten deutschen Pressekonzerns hinwies. Offenbar reiche zu dessen Beurteilung philologische Interpretationskunst, die textgetreu vorgehe, nicht hin. Dem schloß sich Prof. Hartmann an, indem er der bisherigen Linguistik die Fähigkeit absprach, hierüber verbindliche Aussagen zu machen. Eine Sprachverwendungstheorie habe interdisziplinär zu arbeiten und Gesichtspunkte aus Soziologie, Politik, Ethik u. a. m. einzubeziehen.

Vom Aspekt der Herrschaft ging Dr. Frese ans Thema, das er für zu allgemein gestellt ansah. Er trug 7 Thesen vor, in denen er Rudolf von Jherings Rechtstheorie auf die Verwendung von Sprache übertrug. Politik war ihm Kampf ums Recht im Raum der Sprache jenseits von Tötung und Tötungsdrohung. Dr. Frese konstatierte eine Strukturparallelität zwischen der Sprechweise der derzeit Herrschenden und der sich s. E. um Herrschaft bemühen APO (an Hand dessen, was auf dem Teach-in des SDS über Gewalt und Gegengewalt von Sörgel, K. M. Michel, Dr. Sonntag u. a. gesagt worden war).

Fortsetzung Seite 2

Oooooaaaaah!

Dieser Kommilitone trainiert für eine Wahlturnee. Er hat sich in den Kopf gesetzt, neuer Rektor designatus zu werden.

Ob an der Wahl des nächsten Rektors überhaupt Studenten teilnehmen, wird davon abhängen, wie das Studentenparlament auf die Ablehnung der studentischen Forderung nach Drittelparität im Konvent reagiert.

VDS sucht neue Wege

BONN. (dpa) — Der Verband Deutscher Studentenschaften hat in einem Gespräch mit dem Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister, Werner Scherer, gefordert, konkrete Modellentwürfe für die Hochschulreform zu realisieren. Der VDS leitet damit eine neue Strategie für die Hochschulreform ein, um die nach seiner Ansicht verlorengegangene gemeinsame Basis in der Reformdiskussion wieder zu gewinnen. Nach Mitteilung von Sprechern des Verbandes hat Kultusminister Scherer zugesagt, daß die Vorschläge der Studenten in der Konferenz der Kultusminister erörtert werden.

Der VDS begründete seine Forderung nach Realisierung konkreter Modellvorschläge damit, daß seine bisherigen Argumente wenig ausgerichtet haben und nur Modellfälle die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Reformkonzeptionen erweisen können. Die Kultusminister sollten solche Versuche unverzüglich initiieren, fördern und verbindlich auswerten. Dazu gehöre, daß die Kultusverwaltung die fortschrittlichen Ansätze einzelner Institutsdirektoren unterstütze und beispielsweise durch eine öffentliche Erklärung verhindere, daß diese stillschweigend von den Fakultäten wieder gebremst würden. Die Autonomie der Universität dürfe dabei allerdings nicht verletzt werden.

Der VDS ist bereit, die Ergebnisse der Modellversuche auch dann zu akzeptieren, wenn sie ihren Interessen zuwiderlaufen, sofern sie an der Auswertung der Ergebnisse beteiligt worden sind. Der VDS fordert, daß die Hochschulgesetze den Universitäten genügend Spielraum für progressive Experimente lassen müssen und modifiziert werden, wenn die Ergebnisse der Modellversuche vorliegen. Er fordert die Kultusministerkonferenz und die Westdeutsche Rektorenkonferenz auf, folgende Punkte zu unterstützen:

1. Bildung von Instituten, die von einem Institutsrat geleitet werden (Mitglieder sind Professoren und in gleichem Um-

fang gewählte Assistenten- und Studentenvertreter). Das Institut (Vollversammlung) gibt sich eine Satzung, die vom Universitätsparlament zu bestätigen ist. Die Beratungen des Instituts sind öffentlich. In der Vollversammlung ist das Personal des Instituts stimmberechtigt zu beteiligen, im Institutsrat mit beratender Stimme.

2. Durchbrechen der fixen Fakultätsgrenzen durch Bildung projektbezogener Arbeitsgruppen. Aufbau eines flexiblen Abteilungssystems mit einem paritätisch besetzten Abteilungsrat, an dem die nichtgewählten Professoren mit beratender Stimme teilnehmen, beispielsweise Auflösung einer Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in einer Juristische, Wirtschaftswissenschaftliche und eine Soziologisch-Psychologische Abteilung.

Fortsetzung Seite 2

WAHLBALL

Nach der Wahl: Feiern
am Freitag, dem 5. Juli 1968,
20 Uhr, in der Mensa.

Es singen die City Preachers
Es spielen vier Bands
Schießbude, Kino, Würstchenbude
Verlosung eines richtigen Autos!

Eintritt: 5 DM (Schüler und Studenten 3 DM)

Nachts die Wahl gewinnen —
dieser Wahlball ist hep!!

DR. HAMMER
Mayonnaise
je öfter — je lieber
preiswert und gut

Durst
löscht
man
mit
Schlegel



VDS sucht neue Wege

- Fortsetzung von Seite 1:
3. Bildung eines Universitätsparlaments aus etwa 30 Professoren, 30 Dozenten (neuer Art; bisherige Assistenten, Akademische Räte und Lektoren), 30 Studenten sowie 10 Vertretern der Universitätsangestellten und des öffentlichen Lebens. Das Parlament bestimmt die Richtung der Universitätspolitik und wählt den Rektor.
 4. Der Senat besteht aus je drei bis fünf Vertretern der Professoren, Dozenten (Assistenten) und Studenten. Er ist an Beschlüsse des Parlaments gebunden und unterstützt und berät den Rektor bei deren Ausführung. Ein Kleiner Senat kann die zentrale Selbstverwaltung viel effektiver ausrichten, und die Diskussion um den Rektor (Präsident- oder Kanzlerverfassung) verkürzt sich dadurch.
 5. Die besonders strittige Frage der Öffentlichkeit kann nur durch einen Modellfall entschieden werden. Sie bedeutet keine „totale Politik der offenen

Tür“, sondern die prinzipielle Informationsfreiheit und Nachprüfbarkeit aller Entscheidungsprozesse.

6. Der Geheimnischarakter des augenblicklichen Berufungsverfahren ist eine der wesentlichen Ursachen für das Versagen der Ordinarien-Universität. Der in Regensburg gemachte Versuch mit einem Ausschreibungsverfahren ist konsequent bis zur tatsächlichen Überprüfbarkeit auszugestalten. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag des Instituts und ist von der Abteilung auszuüben. Die Verhandlungsführung führt eine paritätisch besetzte Dreierkommission. Die Habilitation ist nicht Voraussetzung.

In Zusammenhang mit diesen Vorschlägen hat der VDS noch einmal die Forderungen der Mitgliederversammlung von München betont und sich gegen die nach seiner Ansicht herrschende Tendenz gewandt, Hochschulreform allein unter dem Aspekt von Rationalisierung und Effektivierung zu betreiben.



Wahlanfechtung?

Ein Student hat angekündigt, die Wahl anzufechten, weil auf dem Wahlzettel nicht die fünf ersten Kandidaten jeder Liste angegeben wurden.

Die BSZ druckt die Namen der betreffenden Kandidaten unter der Selbstdarstellung der jeweiligen Liste ab (Seite 37).

Sprache der Herrschaft

Fortsetzung von Seite 1:

Demgegenüber suchte Dr. Haug zu zeigen, daß die Zielsetzung der APO gerade im Abbau von Herrschaft überhaupt bestehe und politische Bewußtwerdung der Bevölkerung zum Ziel habe. Als ideologischen Satz im strengen (Freschen) Sinn bezeichnete er Dr. Freses Behauptung, daß Politiker in ihrem Selbstbehauptungskampf die Möglichkeit schafften zu unpolitischem Handeln der von ihnen Beherrschten: diese allgemeine Behauptung gelte nur für einen Teil der Politiker. Daß man gezwungen sei, Aufklärung über Gegenmanipulation zu betreiben, gab Heinrich von Nußbaum zu. Am Beispiel einer Selbstrechtfertigung Fidel Castros suchte er aber den grundlegenden Unterschied zur auf Verschleierung bedachten Springer-Taktik darzulegen: Castro habe versucht, nur die Probleme anzusprechen, die von den Bauern, deren Befreiung er beabsichtigte, auch verstanden wurden, und sie allmählich zu einem erhöhten Selbstbewußtsein zu geleiten.

Während Prof. Lübke der APO, die den Kultusminister NRW, als er eine Rede mit der Vokabel „unser Anliegen“ begann, mit Buhrufen unterbrochen habe, den Versuch zur Wortliquidation vorwarf, wie er etwa von (Aldolf) Sternberger u. a. im Wörterbuch des Unmenschen gemacht werde, versuchte ihm Yaak Karsunke klarzumachen,

daß der Buhruf, Symbol für Mißfallen, gegen die Wir-Artikulation des Ministers gerichtet gewesen sein könnte, in der dieser ein gemeinsames Anliegen sprachlich vorwegnahm, während der Beweis dafür noch gar nicht angetreten worden sei.

Diese Art der Interpretation war dem Positivismus völlig unverständlich, obgleich doch auch er (in der Bochumer Universitätsrede Nr. 3) politische Sprache als Mittel zur Kanalisierung verschiedener Willens in eine Richtung verstanden hatte und demnach auch die Gegenwehr gegen einen solchen Versuch theoretisch erfassen mußte.

Der Streit um Worte (hat nun Schütz oder K. D. Wolff das Wort „antidemokratisch“ seinen Gegner zu Recht als Etikett angehängt?) ließ den Gedanken an eine Metasprache aufkommen, mit deren Hilfe man die Vokabeln der „natürlichen Sprache“ nach ihrer Brauchbarkeit katalogisieren könnte.

Die insgesamt sehr gute Diskussion — von mehreren Zuhörern für die bisher beste an der Ruhr-Universität überhaupt erklärt — hatte ein Publikum, das in jeder Phase des Gesprächs aufmerksam mitging und sich in der anschließenden Plenumsdiskussion durch qualifizierte Beiträge auszeichnete.

Aktion „Med-Ass in Not“

Seit ungefähr zwei Jahren ließ sich voraussehen, daß sich in der Ausbildung der Medizinalassistenten ein Engpaß ergeben würde, der — nach genauen Berechnungen — dazu führen müßte, daß ca. 5000 junge Mediziner lange Wartezeiten oder unbezahlte Stellen in Kauf nehmen müßten. Der Medizinalassistent ist der junge Mediziner nach dem Staatsexamen, der vor der Approbation noch eine Zeit von zwei Jahren im Krankenhaus zu arbeiten hat.

Während der Medizinalassistentenzeit sind in den Fächern Innere Medizin (6 Monate), Chirurgie (4 Monate) und in der Regel in der Geb.-Gyn.-Abteilung (4 Monate) als Pflichtzeit abzuleisten. Die restlichen zehn Monate der MA-Zeit sind sogenannte freie Zeit.

Für die Ableistung der Pflichtzeiten stehen aber nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung. So kommt es, daß inzwischen viele junge Mediziner umsonst arbeiten müssen, wenn sie ihre Pflichtzeiten innerhalb der vom Gesetzgeber geforderten Frist von zwei Jahren ableisten wollen.

oder sie müssen Wartezeiten auf bezahlte Stellen von 1 1/2—2 Jahren in Kauf nehmen. Die Lage hat sich inzwischen so zugespitzt, daß man nicht einmal „mit den Beziehungen eines Professors der Inneren Medizin“ — wie Prof. Schettler, Heidelberg, erklärte — „für den eigenen Sohn rechtzeitig eine bezahlte Stellung besorgen kann“.

Um konkrete Zahlen zu nennen: z. B. in der Uni-Frauenklinik in Homburg/Saar arbeiten 14 MA auf Planstellen, 39 MA arbeiten umsonst, und es stehen 45 Patientinnen zur Verfügung. Das bedeutet, daß diese Zeit nicht zur Ausbildung beiträgt, sondern mit Kaffeetrinken verbracht wird. Das kann aber nicht Sinn der Ausbildung unserer jungen „Fast“-Ärzte sein.

Die Mediziner haben deshalb mit konkreten Vorschlägen an die zuständigen Landesminister seit nunmehr fast zwei Jahren versucht, einer solchen Zuspitzung der Ausbildungssituation vorzubeugen und Abhilfe zu schaffen. Leider sind wir bisher auf taube Ohren gestoßen. Deswegen hat sich der FACHVERBAND MEDIZIN im VDS — man höre und staune — entschlossen, in einer bundeseinheitlich durchgeführten Aktion die Öffentlichkeit auf die Mißstände hinzuweisen und den nötigen Druck auf die träge Bürokratie der Länder auszuüben, der sie bewegen könnte, endlich aktiv Maßnahmen zu ergreifen, die es einem zwischen 28 und 30 Jahre alten, am Abschluß eines 12semestrigen Studiums stehenden jungen Mediziner ermöglichen, innerhalb der vorgeschriebenen Zeit bei erträglicher Bezahlung seine Ausbildung abzuschließen. Die besagte Aktion fand statt am 14. Mai dieses Jahres und brachte immerhin ca. 65 % der sonst als so sehr träge verurteilten Mediziner auf die Beine. Zum Abschluß von Protestversammlungen und -märschen schickte jeder Mediziner dem Bundesratsvorsitzenden und seinem Landesministerpräsidenten ein Telegramm, auf dem Unwille und Wunsch nach Abhilfe geäußert wurden.

Diese Aktion hat erhebliche Unruhe in die Landesregierungen getragen, soviel Unruhe, daß der Referent des FACHVERBANDES MEDIZIN schon zwei Tage nachher zu ersten Besprechungen mit verschiedenen Ministern reisen konnte. Große Auf-

regung auch in Düsseldorf, denn immerhin studieren die Töchter des Ministers und der beiden leitenden Ministerialbeamten auch Medizin.

Bis zum heutigen Tage ist NRW allerdings das einzige Land, das die Forderungen des FACHVERBANDES MEDIZIN, der bei seinen Aktionen vom MARBURGER BUND voll unterstützt wurde, anerkannt und in die Tat umgesetzt hat.

Wenige Tage nach diesem Ereignis trafen sich dann in Godesberg die leitenden Ministerialbeamten für das Gesundheitswesen, um den Schuldigen zu suchen. Der zur Verhandlung geladene FVM hatte nur wenig Verständnis für solches Verfahren, denn man war noch immer nicht bereit, sich bundeseinheitlich zu einer Lösung aufzuraffen.

Er forderte, man solle endlich zu tatsächlichen Beschlüssen kommen, man wolle „hier und heute“ Taten sehen, das Maß sei voll!

Erschrockenes Schwelgen im Saale! Lediglich die zunächst vorsichtige, dann festere Stimme des Prälaten Mühlbrock von der Deutschen Krankenhausgesellschaft, daß er sehr bedauere, daß solch ein scharfer Ton in die bisher so sachliche Verhandlung getragen würde — und daß dies von der gleichen Person geschehe, die schon in Wiesbaden beim Deutschen Ärztetag den Frieden gestört habe! (Der Referent hatte sich in Wiesbaden bei der Pressekonferenz gezwungen gesehen, die sachlich unrichtigen und unhaltbaren Aussagen des Herrn Prälaten richtigzustellen.)

Die Landesvertreter verspürten keine Lust mehr, sich weiterhin klarmachen zu lassen, daß sie nicht die nötigen Kompetenzen zur Lösung der anstehenden Probleme hätten.

So blieb denn zum Schluß die Forderung des Verbandes nach einer Konferenz der Gesundheitsminister der Länder, die die bundeseinheitliche Lösung im Sinne der Düsseldorf Vereinbarung beschließen soll. NRW-Innenminister Weyer versprach seine Unterstützung für diese Begehren, da er die Notwendigkeit eingesehen habe! Der Verband droht inzwischen mit neuen Maßnahmen, wenn seinem Ersuchen nicht innerhalb kürzester Zeit stattgegeben wird.

Arno Lison

Sozialistische Kunststudenten

BERLIN. — In Anwesenheit von AStA-Vertretern von 15 deutschen Kunst- und Musikhochschulen hat sich in Berlin auf einer Tagung des Fachverbandes Kunst, Theater, Musik, Film im VDS ein „Hochschulbund sozialistischer Kunststudenten“ konstituiert. Der Fachverband hat die Gründung der Hochschulgruppe angeregt, um auch Nicht-Studenten die Mitarbeit zu ermöglichen und damit den „revolutionären Charakter der Kunst“ wieder in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen.

SP-Wahlen

2. 7. — 5. 7. 68

IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni

Im Westenfeld 22

Tel.: 511015

ungewöhnlicher Preis!

EXPRESS-KAFFEE

aus röstfrischen Kaffeemischungen 50-g-Glas

128

* In allen Läden mit Frischfleisch-Abt.

* Rinderschmorbraten o. B. 3.78

* u. Sauerbraten je 500g 3.78

Poularden gefroren Handelskl. A 500g 1.65

Senator-Fleischsalat 200-g-Becher -59

Tafelöl 375-ccm-Dose -49

... auf alle Angebote erhalten Mitglieder Rückvergütung!

Holl. Tomaten schnittfest	250 g	-35	Joghurt mit Früchten sahnig — mild 3 Becher à 170 g	-90
Bananen goldgelb	500 g	-44	Sarotti-Schoko-Linsen köstlich für groß und klein 500-g-Beutel	1,98
Delikateß-Fleischwurst	250 g	1,45	Rhein. Platz süßes Weizenbrot	Stück -88
Fleischwurst einfach	250 g	-99	Tafel-Reis weiß-körnig	500-g-Beutel -69
Bierschinken besonders saftig	100 g	-56	Senator Mayonnaise 80% Fett	500-g-Glas 1,78
Bierwurst frisch und schmackhaft	100 g	-56	Birnen halbe Früchte ein herrlicher Nachtisch 1/2 Dose	-88
Oldenhof Würstchen in zarter Eigenhaut	5x90 g, Glas	2,48	Kalte Ente köstlich — erfrischend 1/2 Flasche	2,25
Dän. Regenbogen-Forellen „1001“ eine herzhaft Delikatesse	285-g-Paket	2,48	Rahmkäse Little Dorit „Prima“, 70% Fett i. Tr.	3 Stück à 125 g 1,-

KONSUM

KONSUMBOCHUM

WAHL-PANORAMA

SHB

SHB: Sozialdemokratischer Hochschulbund:

Gründung im WS 65/66 als erste politische Gruppe an der RU. Mitglieder: 90. Anschrift: 463 Bochum, Markstraße 184 b. Der SHB versteht sich als Vereinigung von Studierenden und Dozenten, die in der Hochschule für die sozialistischen Grundwerte und -forderungen des Godesberger Programms wirbt und eintritt.

1. Voraussetzungen: Die politische Gemeinschaft des SHB geht aus vom individuellen Anspruch auf **Eigenverantwortung durch Selbstbestimmung**, dessen Realisation eine Gesellschaft begründet, deren **gleichberechtigte Mitglieder in gegenseitiger Verpflichtung** das politische, ökonomische und kulturelle Zusammenleben zu bestimmen vermögen. Diese Selbstverantwortung freier Individuen entsteht auf der Basis einer Ordnung, die **jede** Macht der Kontrolle durch demokratische Organe der Produzenten unterwirft, indem sie die autoritäre Herrschaft des **Einzelinteresses** an Gewinn und Macht in Wirtschaft, staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Gemeinschaften beseitigt. Dieses **Gesamtinteresse** der Produzenten, das die **Aufhebung** der ökonomischen und sozialen Abhängigkeit und Ungesicherheit des einzelnen bewirkt, führt zur Umwandlung des formaldemokratischen „Gleichheits“-rechtes privat- oder staatsmonopolistischer Systeme in die realdemokratische **Freiheit zur schöpferischen Mitverantwortung** einer menschenwürdigen Gesellschaft.

2. Forderungen:

1. Wirtschaftsdemokratie durch Gemeineigentum großindustrieller Produktionsmittel.

2. Wirtschaftsplanung statt unternehmens- und profitgeistigen Managements.
3. Wirtschaftspolitische Mitbestimmung der Produzenten statt modifikatorische Mitwirkung an Unternehmensentscheidungen.
4. Gerechtere Einkommensverteilung und Eigentum am betrieblichen Zuwachsvormögen für die Produzenten.
5. Höhere Investitionen für Infrastruktur und unmittelbare Sozialleistungen.
6. Kontrolle der Verfügung über das Bodeneigentum der großen Kapitalgesellschaften und Einzelgüter.
7. Beseitigung der obrigkeitstaatlichen Strukturen und Praktiken in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.
8. Qualifizierte Mitbestimmung der Studierenden in allen Hochschulgremien.
9. Kollegial- statt Lehrstuhlprinzip.
10. Freiwillige Eignungskontrolle statt zangsweiser Leistungsprüfung.
11. Allgemeines Studienhonorar statt familien- und staatsabhängiger Beteiligungsstipendien. Sozialer Wohnheimbau.
12. Feststellung und Aufhebung verfassungswidriger Grundrechtsrestriktionen.
13. Aufhebung des liberalistisch-assoziellen Eigentumsrechts.
14. Entflechtung und Gemeineigentum der Nachrichten- und Meinungsmonopole.
15. Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und Reduktion der Rüstungsausgaben.
16. Ablösung der Militärblöcke durch ein europäisches Sicherheitssystem.
17. Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa.
18. Wirksame Sanktionen gegen die faschistischen Regimes.

19. Solidarität gegenüber den Entwicklungsländern und rassisch Unterdrückten.

20. Internationale Rechtsordnung und Stärkung ihrer Exekutivorgane. Sozialismus wird durch Demokratie erreicht und Demokratie durch Sozialismus vollendet!

(Möchten Sie mehr wissen? Am 1. Juli 1968 erscheint die SHB-Wahlzeitung!)

1. Reinhard Zimmermann
2. Carla Boulboulé
3. Burghard Schneider
4. Erdmann Linde
5. Horst-Peter Kasper



Burghard Schneider

„WUS“

Die „Wahlgemeinschaft unabhängiger Studenten“ legt folgendes Aktionsprogramm vor:

1. Grundsätzliche Haltung

Wir sehen die Universität als integrierten Bestandteil unserer Gesellschaft. Entscheidungen im universitären Bereich wirken nach außen. Gesellschaftspolitische Entwicklungen beeinflussen die soziologischen und politischen Strukturen der Universität. Darum ist die Studentenschaft, vertreten durch das Studentenparlament und den Vorstand, berechtigt und verpflichtet, gemäß der in § 3 der Satzung der Studentenschaft an der Ruhr-Universität angeführten Aufgaben zu allen hochschulpolitischen Fragen Stellung zu nehmen und diese Stellungnahmen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Unser allgemeines politisches Engagement wirkt allerdings unglaublich unwirksam, wenn es uns nicht gelingt, unsere studentischen Angelegenheiten dem Auftrag der Satzung entsprechend zu lösen. Die politische Aktivität des ASTA darf nicht dazu führen, die Freiheit des einzelnen Studenten einzuschränken.

2. Unser Hochschulprogramm

Wir lehnen jegliche administrativen Maßnahmen zur Studienzeitbegrenzung ab! Eine Verkürzung der Studiendauer soll vielmehr die Folge einer inneren Straffung der Studienpläne sein. Die Studiendauer darf keinem von außen bestimmten, sachfremden Zwang unterworfen werden. Bei Aufstellung der Studienpläne müssen Studenten beteiligt werden. Wir fordern eine funktionale, keine formale Mitbestimmung in allen Universitätsgremien! Funktionale Mitbestimmung bedeutet Flexibilität, d. h. es wird nicht schematisch eine Drittelparität oder etwas ähnliches gefordert, sondern eine Mitbestimmung jeweils der Aufgabenstellung des Universitätsgremiums entsprechend angestrebt. Es ist danach also möglich, daß Studenten in Universitätsgremien (z. B. Kommissionen für Studentenschaftsfragen) mit mehr als der Hälfte der Mitglieder vertreten sind. Wir erstreben freiwillige Leistungstests als begleitende Studienkontrolle! Solche Tests dienen der Kontrolle der Studierenden und zeigen etwaige Mängel frühzeitig und nicht erst im Zwischenexamen auf. Nur so kann die Effektivität des Studiums gewährleistet werden. Wir engagieren uns mit allen fortschrittlichen Studenten, Assistenten und Professoren, um Lehre und Forschung den Forderungen unserer Zeit anzupassen!



Joachim Balthes

Wir kämpfen für erträgliche Studienbedingungen für unsere ausländischen Kommilitonen!

3. Unser Sozialprogramm

Immer wieder kommt es zu Beschwerden und Auseinandersetzungen um das Studentenwerk, besonders um die studentischen Krankenversorgung (DSKV). Die Termine für diejenigen, die bereits anderweitig versichert sind und eine Rückzahlung beantragen können, werden in ungenügender Weise publiziert. Viele Kommilitoninnen und Kommilitonen verpassen wegen dieser mangelhaften Aufklärungsarbeit die Antragstellung.

Die DSKV hat kein ordentliches Vertragsverhältnis für eine zahnärztliche Behandlung. Außerdem trägt sie die Kosten nur bis zu 100 DM.

Es ist ferner nicht einzusehen, daß Studenten, die bereits in Privatversicherungen sozial abgesichert sind, nun auch noch zangsweise Sozialgebühren zahlen müssen.

Darum: Eine Neukonzeption der studentischen Krankenversicherung muß angestrebt werden!

Wir fordern, daß im Rahmen der Universitätsstadt Wohnungen für verheiratete Studenten eingeplant werden! Ferner ist eine Lösung der Probleme nötig, die mit den Studenten des 2. Bildungsweges zusammenhängen!

1. Joachim Balthes
2. Helmut Knüppel
3. Frank Bölke
4. Ursula Hillenkamp
5. Leonard Braun

SDS

Die Studenten sind in ihrem Kampf gegen die autoritären Strukturen in Universität und Gesellschaft auf eine

1. Heiner Taubert
2. Werner Matuschke
3. Alois Kircher
4. Christel Langewolpott
5. Winfried Mackenthun



Heiner Taubert

vorläufige Grenze gestossen. Sowohl die Notstandsgesetze als auch die ersten Hochschulgesetze sind verabschiedet, bzw. stehen kurz davor, verabschiedet zu werden. Die Hierarchie soll unangestastet bleiben, der Output an geistig und seelisch verkrüppelten Techno-Spezialisten soll angekränelt werden. Alles, was sich dem in den Weg stellt, soll auf autoritär-disziplinärem Amtsweg eliminiert werden.

Die Studenten haben jedoch gelernt. Sie haben erfahren, daß massenhafte Aufklärung und solidarische Aktion die Herrschenden in Unruhe versetzen können, da diesen die Kontrolle über die verwalteten und manipulierten Massen damit aus den Händen zu gleiten droht.

Das Parlament hat mit der Verabschiedung der NS-Gesetze seine Funktion als Verschleierrungsinstitut im Dienste der Entpolitisierung und Entmündigung der Menschen in der autoritären Phase des Spätkapitalismus demonstriert — allerdings leider nur für die bis jetzt Bewußtesten. Die Studenten, Schüler und jungen Arbeiter haben in ihrem Kampf miterleben müssen, daß das manipulierte Nicht-Bewußtsein der Bevölkerung eine zunächst unüberwindliche Barriere war.

Wir müssen aus unseren bisherigen Erfahrungen den Schluß ziehen, daß der zukünftige Kampf zunächst ein

Kampf um das Bewußtsein davon ist, daß die Lebensinteressen von Studenten und Bevölkerung nicht an Parlamentarier, Funktionäre, Bürokraten delegiert werden können. Wir selbst müssen uns unserer Interessen bewußt werden und sie massenhaft vertreten. Ein Kreuzchen oder zwei auf einem Wahlzettel (alle vier Jahre oder in der Uni jedes Jahr) ist schon der Beginn der politischen Entmündigung.

Es ist aber auch vorläufig keine Alternative, eine Wahl demonstrativ zu boykottieren. Wir können und wollen den ASTA nicht der Rechten kampflös überlassen. Deshalb beteiligt sich der SDS an dieser Wahl, um alle Mittel auszunutzen, die uns, die Studenten zunächst, befähigen können, eine Politik der massenhaften Selbstauflösung auf dem Kampus einzuleiten, um zugleich und nur so gegen den autoritären Staat und die destruktive Herrschaft der Monopole, Wirtschafts- und Verwaltungs-Bürokraten anzukämpfen, um die Befreiung der Menschen von täglicher und subtiler Gewalt mit vorwärtszutreiben.

Der SDS will nicht „delegiert“ werden, weil sich Interessen, die delegiert werden, zu oft in Interessen der Delegierten pervertieren.

**MACHT DAS PARLAMENT ZUR VOLLVERSAMMLUNG!
MACHT DAS PARLAMENT ZUM AKTIONSZENTRUM!**

- Herbert Velth, cand. med.
Gisela Haag, stud. phil.
Hansjörg Hey, Dipl.-Chem., stud. rer. pol.
Klaus Stephan, cand. med.
Volker Dallmeier, cand. med.
Alfred Mathes, cand. med.
Klaus Götte, cand. med.
Rolf Schimpl, Dipl.-Chem., stud. rer. pol.



Christoph Weichert

GUNST

GUNST:

Gemeinschaft unabhängiger Studenten
Fäuste und Steine sind keine Argumente! Barrikaden auch nicht! Aber wenn es darum geht, den Haushalt der Studentenschaft oder gar die Fachschaftsrahmenordnung im Parlament zu verabschieden, dann sind nicht nur keine Argumente, sondern nicht einmal die Abgeordneten der von uns links stehenden Gruppen da! Sie merken schon, wir stehen „rechts“, jedenfalls rechts von unseren „sozialistischen Brüdern“.

Jedoch sehen wir die größere Gefahr in dem rechts-reaktionären Studentenspießertum. Was wir damit meinen? Passivität, Duckmäusertum vor akademischen Titeln und Kritiklosigkeit gegenüber Staat, Gesellschaft und Universität!

Wir brauchen eine starke parlamentarische Mitte, offen nach allen Seiten, kritisch, sachlich und zur parlamentarischen Verantwortung bereit! Unter Verantwortung verstehen wir:

- die unabhängige und neutrale Kontrolle des ASTA und seines Finanzgebarens;
- die finanzielle Kontrolle des Studentenwerks;
- Verabschiedung einer Fachschaftsrahmenordnung;

- unbedingte Stärkung und Ausweitung der Belange und Rechte der Fachschaften
 - sowie die Erhöhung der Fachschaftsbezüge.
- Die Behandlung und Erledigung dieser Punkte ist für uns eine Voraussetzung für die Beschäftigung des Parlaments mit folgenden Punkten:
- Reform der Hochschulstruktur;
 - Ausweitung selbstverantwortlicher und sachlicher studentischer Mitbestimmung;
 - das Mandat des ASTA.

Unsere Vorstellungen zur Studienreform wollen wir an dieser Stelle nicht darlegen. Die Verschiedenartigkeit der einzelnen Studiengänge erlaubt uns keine verallgemeinernde Konkretisierung des Problems. Studienreformen sind absolut und dringend notwendig, aber eine Diskussion darüber muß so qualifiziert und spezifiziert sein, daß sie diesen Rahmen sprengt. Damit haben wir Ihnen wesentliche Punkte unseres Programms vorgestellt. Sie sehen, die GUNST ist eine politisch ungebundene, unabhängige Gemeinschaft von Studenten, die sich zum Ziel gesetzt haben, studentische Belange studentisch zu vertreten.

**WEG MIT DEN FUNKTIONÄREN POLITISCHEN PARTEIEN!
HIN ZUR ARBEIT VON STUDENTEN FÜR STUDENTEN!
WÄHLEN AUCH SIE GUNST!
Unsere Listenkandidaten:
Christoph Weichert, cand. med.**

LUS

Liste Unabhängiger Studenten (LUS)

- Linkssekte?
- Rechtssekte?

Wir wollen konservative und progressive Denkmodelle.

Wir geben jenen den Vorrang, die durch Sachbezogenheit überzeugen. Wir glauben nicht an das Märchen von der revolutionären Situation.

Wir meinen, daß der von links eingeleitete Umdenkungsprozeß durch die Linksextremen verraten wird.

Wir klammern uns nicht an die reaktionäre Idee des Rátesystems.

Wir wissen um den Zusammenhang von Hochschul- und Gesellschaftsreform. Doch halten wir wenig vom Kehren vor fremder Leute Tür.

Wir wollen studentische Interessen vertreten.

Wir fordern eine grundlegende Studien- und Bildungsreform.

Wir lehnen ein Disziplinarrecht der Hochschule ab.

Wir fordern weiterhin die studentische Selbstverwaltung und Finanzhoheit, die „rechte“ Studenten abschaffen wollen.

Wir glauben, daß ein Studentenparlament auch heute funktionsfähig ist, wenn es von Gruppenproporz und Desinteresse der Delegierten nicht geschwächt wird.

Wir wehren uns gegen die, welche den „SDS liquidieren“, und gegen die, welche „Biedenkopf nach Athen“ schicken wollen.

Wir betrachten die bisherige Hochschulpolitik des ASTA als eine Grundlage, auf der weiterzuarbeiten uns wertvoll erscheint.



Gerhard Teschner

Wir lehnen jedoch die brüskierende Art mancher Durchführung ab. Bislang stellten wir Vertreter in Parlament, Ältestenrat, Rechtsausschuß, Hochschulausschuß und glauben, unsere Erfahrungen der Studentenschaft auch weiterhin anbieten zu dürfen. PS: Lassen Sie sich nicht täuschen. Auch wir sind nicht unabhängig. Sind Sie es?

1. Gerhard Teschner
2. Sabine Sippel
3. Peter Böhle
4. Jürgen Schlee
5. Michael Schauf

WÄHLEN SIE!

BSU

Aktionsprogramm der BSU

Die BSU sieht eine der wesentlichen Ursachen für die Misere der deutschen Universitäten in der Tatsache, daß die Entwicklung zu einer „demokratischen und sozialen“ Gesellschaft in der BRD noch in den Anfängen steckt.

Daran ist auch das fehlende Engagement großer Teile der Studentenschaft schuld.

Die BSU bezweifelt, daß die staatlichen und öffentlichen Institutionen in ihrer gegenwärtigen Verfassung bereit und fähig sind, die notwendige Entwicklung zu einer solchen „demokratisch-sozialen“ Gesellschaft voranzutreiben. Ein entscheidender Ansatzpunkt zur gesellschaftlichen Reform ist die Strukturveränderung des gesamten Bildungswesens, vor allem die Hochschule.

Hierbei geht die BSU davon aus, daß Voraussetzung aller Maßnahmen die Entwicklung eines demokratischen Bewußtseins ist, das Autorität nur anerkennt, wenn sie sich durch sachliche Befähigung ausweist.

Dieses demokratische Bewußtsein, das ein gesellschaftskritisches sein muß, zu entwickeln, ist notwendig Aufgabe der Hochschule; daraus folgt, daß Reformen nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt technischer Effizienz durchgeführt werden dürfen. Die BSU sieht ihre vordringliche Aufgabe in der Aktivierung und Bewußtseinsbildung der Studenten selbst. Nur

wenn das gelingt, erscheint uns eine wirkliche Hochschulreform und — davon ausgehend — die Reform und Demokratisierung der gesamten Gesellschaft möglich.

Als Schwerpunktforderungen innerhalb der Hochschulreform sehen wir:

I. Zur Hochschulverfassung

Die Verfassung der Ruhr-Universität Bochum muß die demokratische Mitwirkung der Studenten sichern, wobei für den speziellen Fall einzeln zu entscheiden ist, ob eine Drittelparität oder ein Vetorecht der studentischen Vertreter angemessen ist.

II. Zum Studiengang

Die Form der Zwischenprüfung, wie sie in den meisten Abteilungen gehandhabt wird, lehnt die BSU ab. Denn so praktiziert, stellt sie nichts anderes dar als einen prolongierten Numerus clausus und verunmöglicht durch die Reglementierung des vorhergehenden Studiums, die zu einseitiger Rezeption aufgewärmten Fachwissens führt, die politische Aktivierung. Eine erneut notwendige Diskussion über die Zwischenprüfung muß vor allem von einer Differenzierung nach Abteilungen ausgehen.

III. Zur Hochschulpolitik

Zur Entprovinzialisierung des Hochschulwesens fordern wir ein Bundesrahmengesetz, das

1. die demokratische Struktur der Hochschulen garantiert und verhindert, daß Ordinarien die Autonomie der Hochschule für ihre eigene halten,
2. gewährleistet, daß ein Hochschul-

Zufälligkeiten statt von Leistungen abhängt.

Die Anforderungen der Zwischenprüfung sind so hoch geschraubt, daß der Studierende einem Lernzwang unterworfen ist, der der Freiheit von Forschung und Lehre entgegensteht. Dieser Druck hindert die Studierenden, einer modernen Universität gerecht zu werden, nämlich in freier wissenschaftlicher und staatsbürgerlicher Betätigung zu studieren. Wissenschaftliche Arbeit ohne permanente kritische Reflexion auf die methodischen und politischen Bedingungen dieser Arbeit und auf die Stellung der Universität in der Gesellschaft ist nicht möglich.

Das bisherige Benotungssystem ist zugunsten eines gerechteren Bewertungsverfahrens abzuschaffen, indem lediglich darüber entschieden wird, ob eine Prüfung bestanden ist oder nicht. Alle Prüfungen sind auf ihre Zweckmäßigkeit und Berechtigung hin zu überprüfen, ihre Öffentlichkeit muß gewährleistet sein, die Möglichkeit von Einsprüchen und das Appellationsverfahren müssen geregelt sein. Die FHV-WG wird sich für eine Neuordnung des Studiums einsetzen. Das Grundstudium ist so neu zu ordnen, daß die am Ende des Grundstudiums stehende Prüfung einen echten Abschluß darstellt, auf Grund dessen dem Studierenden zwei Wege offenstehen: — weiter zu studieren oder — einen Beruf zu ergreifen. Für das weitere Studium sind mehrere Abschlussmöglichkeiten als Grundlagen für Beruf und wissenschaftliche Tätigkeit zu schaffen.

Zur Lösung aller inneruniversitären Probleme muß eine Gemeinschaft aller



Anton von Magnis

wechsel nicht auf Kosten der Studenten geht.

IV. Zum Sozialbereich

Das bisherige staatliche Förderungssystem ist unzureichend. Die BSU fordert eine familienunabhängige Studienfinanzierung.

Die Kandidaten der BSU

1. Anton von Magnis
2. Gerhard Knipp
3. Joachim Reichling
4. Gerold Stäblein
5. Joseph Holschen

Lyrik - Prosa - Dialog

Dem Verfasser des BSZ-Artikels „Auf der Suche nach der verschollenen Literatur“ (Nr. 25) sei für seine Mahnung gedankt.

Auf der Suche nach der von den Veranstaltern verlorenen Zeit wird man viele Gründe für die nun eingetretene Verzögerung finden können: In der Tat sind es zum Teil die vermuteten „politischen Ereignisse“, die eine Verspätung bewirkten, aber auch Studienmechanismen und vor allem die Tatsache, daß man erfolglos versucht hat, Peter Rühmkorf für die Herausgabe der geplanten Wettbewerbs-Dokumentation zu gewinnen.

Außerdem waren Veranstalter und Jury gleichermaßen überwältigt von der Flut literarischer Produktion, die ihnen zufließt: Etwa 100 Teilnehmer hatten 600 Seiten gefüllt und mit doppeltem Durchschlag unter einem Kennwort eingeschickt.

Die drei Jurys, jeweils bestehend aus sachkundigen Mitgliedern, waren vor die schwierige Aufgabe gestellt, die Einsendungen mit Hilfe eines leichten Punktsystems zu bewerten (0–20 Punkte).

Die Veranstalter hoffen, daß den Juroren der Dank für ihre Arbeit noch auf andere Weise als durch diesen Artikel zukommen wird.

Die „Gewinner“ des Wettbewerbs, die hoffentlich inzwischen alle die Benachrichtigung erhalten haben, sind:

1. Lyrik:
1. Lukas Basqué
2. Werner Block

3. Helmut Dubiel
4. Karl-Dieter Bredthauer

II. Prosa:

1. Heinz-Peter Müller
2. Rainer Wallbaum
3. Hudo Lietz

III. Dialog:

Dieter Pilz

Die Preise in Form von Büchern und Buchgutscheinen werden den Preisträgern noch in diesem Semester zugeschickt. Die Liste der Mäzene umfaßt die Buchhandlungen Brockmeyer, Gustorf (Bücherscheune), Hengstenberg, die Schlegel-Bräuerie, die Westfalenbank und die Städtische Sparkasse. Allen Spendern sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Auch die „Illiterati“ sollen die Poesie ihrer Kommilitonen zu lesen bekommen. Der Universitätsverlag (Studentenwerk) wird eine Dokumentation der preisgekrönten Arbeiten drucken. Diese Wettbewerbs-Anthologie soll, zu einem vernünftigen Preis, möglichst noch vor Semesterende in der Mensa und beim AstA zum Kauf angeboten werden.

Die Juroren haben vielfach Hilfe für die meist in den Ansätzen steckengebliebenen Autoren angeboten. Mit der Dokumentation als Grundlage ließe sich eine Lesung, ein Workshop oder ein Seminar veranstalten; Teilnehmer sollten die Einsender, Juroren und Interessierte sein. Wir warten auf Vorschläge.

Für die Veranstalter: Ulrich Borsdorf

FHV

Der Freidemokratische Hochschulverband (FHV) unterscheidet sich sowohl in seiner Zielsetzung als auch in seiner Organisation von anderen bereits bestehenden Vereinigungen.

Die Wahlgemeinschaft des FHV versucht, ihre Reformideen unter Wahrung des vom Grundgesetz gesteckten Rahmens durchzusetzen. Wir bejahen das parlamentarische System, ohne etwa dessen Schwächen unaufgedeckt zu lassen. Jede Aktion und jede Demonstration werden sich der Gewaltanwendung enthalten; die FHV-WG will mit Argumenten der Vernunft überzeugen.

Als vordringlichstes Problem sehen wir eine umfassende Reform des gesamten bundesrepublikanischen Bildungswesens an, was ohne eine gesamtgesellschaftliche Reform undenkbar ist. Die FHV-WG unterstützt alle Reformbemühungen, die auf eine bewußt kritische Gesellschaft abzielen. Zunächst wird es unsere vordringliche Aufgabe sein, unsere Kräfte auf eine Verbesserung der Lage der Studierenden an der RUB zu konzentrieren. In Zusammenarbeit mit den Professoren und Assistenten soll das an der RUB praktizierte Schein- und Prüfungssystem kritisch überprüft werden.

In einigen Abteilungen sind das Erlangen von Scheinen sowie die Absolvierung von Prüfungen längst zu einer Farce geworden, da beides primär von



Dirk Richter

Universitätsangehörigen geschaffen werden, die an der wissenschaftlichen Arbeit und ihrer Organisation gleichverantwortlich mitwirken. Vorrangig ist daher die Schaffung einer funktionalen Besetzung aller Gremien unter angemessener und gerechter Beteiligung aller Gruppen. Die Besetzung dieser Gremien muß auf demokratischer Grundlage erfolgen.

1. Dirk Richter
2. Sabine Klein-Schönefeld
3. Klaus-Michael Kohls
4. Friedhelm Nickolmann
5. Rainer Westermann

HSU

Immerzu — HSU

Seit Sommer 1967 gibt es auch in Bochum die Humanistische Studenten-Union. Im Sommer 1968 kandidiert sie zum ersten Mal zum Bochumer Studenten-Parlament. Obwohl die HSU im vergangenen Jahr nicht im Studentenparlament war, arbeitete sie intensiv in der Hochschulpolitik mit:

In einigen Fachschaften (Psychologie, Historiker, Jura, Wirtschaftswissensch., Soz.-Wissensch.) kämpften HSU-Mitglieder direkt an der Front.

Als einzige Hochschulgruppe erarbeitete sich die HSU in monatelangen Diskussionen, auch mit Dozenten und Assistenten, ein umfassendes Hochschulprogramm. Im Februar veröffentlichte es die BSZ. Eine verbesserte und ausführliche Fassung ist bei der HSU erhältlich.

Als einzige Hochschulgruppe und 14 Tage vor dem AstA übergab die HSU dem Rektor einen Vorschlag für eine neue Universitätsverfassung. Dieser schlägt eine genossenschaftliche und demokratische Universitätsstruktur vor. Eine überarbeitete Fassung dieses Verfassungsvorschlags wird von allen Gruppen der HSU im gesamten Bundesgebiet bei der Auseinandersetzung um Hochschulgesetze und -verfassung vertreten. Der Entwurf ist ebenfalls bei der HSU erhältlich.

Auch an Aktionen nahm die HSU aktiv teil (Kesting, Teach-ins, Notstand). Eine Gruppe braucht also nicht unbedingt im Parlament zu sein, um wirkliche Hochschulpolitik zu betreiben. Fast scheint es so zu sein, als ob eine außerparlamentarische Opposition in



Karl-Heinz Heinemann

der Bochumer Studentenschaft produktiver arbeitet, als das Parlament. Oder liegt es nur an der HSU?

Wir sind unabhängig von Parteien, üben Selbstkritik, bekämpfen Dogmatismus und Faulheit. Das Parlament hat das scheinbar dringend nötig!

Das ganze Jahr über freut sich die HSU über ihre Unabhängigkeit. Niemand schielt zum großen Bruder, der Partei, ob die nicht böse wird.

Nur vor den Studentenwahlen sind wir ein bißchen traurig: mit jeder Mark muß gerechnet werden. Teure Späße und amüsante Ideen können wir uns kaum leisten. (Spendenkonto: Westfalenbank)

1. Rainer Duhm
2. Willfried Schnur
3. Karl-Heinz Heinemann
4. Manfred Koenig
5. Gerhard Huck

Die Direktkandidaten

Abt. II (Kath. Theol.)

Kein Direktkandidat

Abt. XII (Physik)

Kein Direktkandidat

Abt. XVII (Theoret. Med.)

Klaus Götte (GUNST)
(ohne Bildnachweis)

Abt. I (Ev. Theol.)



Ulrich Dann

(SHB)

Hochschulreform verlangt Engagement!

Wählen Sie, was Sie wollen, aber
WÄHLEN SIE!

Abt. XIII (Geowiss.)



Ulrike Schubert

(SHB)

Abt. XVIII (Prakt. Med.)



Alfred Mathes

(GUNST)

Abt. IV (Geschichte)



Carla Boulboullé

(SHB)

Abt. VIII (Sozialwiss.)



Rainer Duhm

(HSU)



Guido Boulboullé

(SHB)



Friedhelm Nickolmann

(FHV)



Thomas Rommelspacher

(SDS)

Abt. V (Philologie)



Horst P. Kasper (SHB)



Udo Ullrich (unabhängig)

Abt. XI (Mathematik)



Helmut Klatt (unabhängig)

Abt. VII (Wirtschaftswiss.)



Helmut Knüppel (WUS)

Peter Bümlein (SHB) (ohne Bildnachweis)



Abt. III (Pädag., Psych.)



Werner Uhde (SHB)



Manfred König (HSU)



Dieter Giesen (SDS)

Abt. VI (Rechtswiss.)



Reinhard Zimmermann (SHB)



Klaus Kohls (FHV)



Heinz-Dieter Klink (unabhängig)

Willfried Schnur (HSU)

Sommerfest 1968

Am Freitag, dem 28. Juni 1968, findet im Reinold-von-Thadden-Haus das Sommerfest 1968 statt. Es geht um 19.30 Uhr los und dauert bis 11.

Die Organisatoren der Fete haben sich allerhand ausgedacht, um das Volk anzulocken:

- 4 Kapellen, Folklore- und Protest-Sänger;
- Riesenzelt
- französische und griechische Weinstuben;
- Swimming-Pool;
- Wahl der Miß Sommerfest 1968;
- Tombola.

Riesenrummel scheint garantiert. Für die Unentwegten gilt die Einladung zum Frühschoppen am Samstagmorgen ab 11 Uhr.

...gleich neben der Mensa **IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER**
463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Ruf. 51 13 60

FÜHRENDER AMERIKANISCHER CHEMIEKONZERN bietet jungen deutschen Akademikern aller Fachrichtungen eine Karriere als

Manager im Verkauf

Durch ein intensives „Graduate-Trainee“-Programm werden Sie hervorragend auf Ihre spätere verantwortungsvolle Position vorbereitet. Haben Sie gerade Ihr Examen gemacht, oder stehen Sie kurz vor dem Abschluß Ihres Studiums, dann wenden Sie sich an:

Fachschaft Wirtschaftswissenschaft

Gebäude IB, Zimmer 2/88, Sprechstunde: Montag, 11-13 Uhr

Europäische Marken-Teppiche

US VERKAUF

Führendes Haus in Western-Bekleidung

Twen Shop
Bekleidung für junge Leute

Rücklaufbestände der US-Armee

US VERKAUF

H. PETERMANN

Dortmund - Helle 9 - Telefon 52 39 52

Bochum - Rathausplatz 8 - Telefon 6 69 39

Wuppertal-Elberfeld - Robert-Daum-Platz - Telefon 51 19 59

WESTFALENBANK IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

Von sterbenden Dickhäutern

Ungeachtet dessen, daß Cinéasten seit Jahren die mannigfaltigsten Krankheiten an ihm diagnostizierten, schaffte es der Groß-Dickhäuter unter den alten A-Film-Festivals, sich durch eine zwanzigjährige peinliche Existenz zu schleppen.

Im einundzwanzigsten Jahr seines Daseins schließlich war man der Diagnosen und Prognosen überdrüssig und beschloß im Rahmen einer Euthanasie-Therapie seinem Siedtum ein Ende zu setzen. Sechs Tage nachdem die 21. internationalen Filmfestspiele von Cannes ihre Ouvertüre mit dem Popular-Monster-Epos „Vom Winde verweht“ hinter sich gebracht hatten, war es soweit: Festival-Chef Favre le Bret mußte die Projektoren stoppen lassen und den Abbruch seines Festivals verkünden.

Nur einige Tage später kam es in Mailand zu einem neuen Festival-Eklat. Wenige Stunden nachdem dort die 14. „Triennale“ für angewandte Kunst, moderne Industrie-Produkte und Architektur eröffnet worden war, erloschen im Palazzo dell'Arte die Lichter, drang ein „revolutionäres Komitee“ zu einem Sit-in das das Gebäude ein und erklärte die Design-Schau für okkupiert und „tot“.

Knapp zwei Monate vorher erlebten die 14. internationalen Kurzfilmtage in Oberhausen, von ihrer Anlage und ihren, auch realisierten, Intentionen her der krasse Gegenpol zu kommerzialisiertem und institutionalisiertem Kulturbetrieb à la Cannes oder Berlin, eine schwere Existenzkrise, als die Mehrzahl der deutschen Jung-Filmer sich mit Costards Penis-Film „Besonders wertvoll“ solidarisch erklärte und ihre Beiträge zurückzog. (Wir berichteten darüber in BSZ 22.)

Und selbst der 4. internationale Experimentalfilm-Wettbewerb zu Beginn dieses Jahres im belgischen Seebad Knokke, eine Veranstaltung, die als Tummelplatz cinéastischer Exzentrik und Freiheit gilt, wurde von Horden heimgesucht, die polemisierten und Saalschlachtstimmung verbreiteten. Sieht man diese scheinbar divergenten Ereignisse nicht isoliert, sondern, was inzwischen evident geworden ist, als einander tangierend, wird einem die Bedrohlichkeit einer solchen Entwicklung bewußt. Es hat den Anschein, als ginge 1968 als das Jahr der geplatzten, gesprengten und sabotierten Festivals in die Geschichte ein.

Erschreckend sind nicht diese Entwicklungen an sich, sondern die offenbare Ziellosgkeit, mit der die Provokationen der Jung-Revolutionäre erfolgen. Es scheint ih-

nen sichtlich gleichgültig zu sein, wen sie mit ihren Aktionen eigentlich treffen, auch ist es vor allem in Mailand offensichtlich geworden, daß ihre Absicht keinesfalls darin liegt, mit gezieltem Protest teils wirklich unaufschiebbare Reformen einzuleiten. Vielmehr glauben sie ihren kulturpolitischen Beitrag schon geleistet zu haben, wenn sie das entsprechende Festival als gesprengt, okkupiert und als „gestorben“ dekretiert haben. So orientiert, ist es ihnen auch gleichgültig, wenn durch ihr Verhalten primär Künstler geschädigt werden, die mit ihren Arbeiten auf ihre Weise ganz im Sinne der Protestierenden wirken, oder wenn, im Falle Oberhausen, Festivals in Frage gestellt werden, die unbestreitbar Enklaven sind für Entwicklungen außerhalb kommerzieller oder politischer Abhängigkeiten.

Folgerichtig weitergedacht führt der augenblicklich permanent laufende Prozeß zu einem Zustand, der, abgesehen von subkulturellen Erscheinungen, keinerlei künstlerische oder kulturpolitische Fortschritte mehr ermöglicht. Jeder, der mit den Gegebenheiten vertraut ist, wird einsehen, daß in Cannes, dem Reservat antiquierten Kommerz-Kinos, Veränderungen notwendig waren. Allein die Tatsache, daß Godard nie mit einem Film eingeladen war, ist so unglaublich, daß sich weitere Erörterungen erübrigen. Wenn darum die Kreise um Langlois, Godard, Le-louch und Truffaut forderten, daß „das Kino denen gehört, die es machen“ (Godard) und sie diesmal nicht nur monierten, sondern auch agitierten, ist dies ohne Zweifel berechtigt und unterstützenswert.

Nicht einzusehen sind dagegen die Auftritte der Jung-deutschen Filmer in diesem Jahr bei den Oberhausener Kurzfilmtagen und der Coup italienischer Kunst-Revolutioner in Mailand. Hier erfolgten die Auftritte gegen Veranstalter und Institutionen, die sich seit jeher als offen anbieten für jede erstrebenswerte Veränderung und Evolution. Denn, und das gilt nicht nur für die Festivals überlebten Stills à la Cannes, Berlin und Venedig, notwendig ist nicht die Destruktion und totale Abschaffung von Festivals überhaupt, sondern deren grundlegende Evolution und die der Zeit entsprechende Veränderung ihrer Strukturen. Die Protestierenden sollten einsehen, daß überhaupt nichts damit erreicht ist, daß sie im Gegenteil sogar ihrem eigenen Anliegen in den Rücken fallen, wenn sie sich

ausschließlich darum bemühen, wahllos ein Festival nach dem anderen in die Luft zu jagen. Doch diese Einsicht zu erhoffen ist mit ziemlicher Sicherheit unwahrscheinlich. Ebenso unwahrscheinlich ist es aber auch, zu glauben, die Veranstalter der „restaurativ-autoritären“, von Kommerz und politischer Abhängigkeit diktierten Festivals wären zu Konzessionen bereit.

Ein Paradebeispiel dafür sind die augenblicklichen Zusammenstöße und Zwischenfälle bei der 34. „Biennale“ in Venedig. Tränengas und Polizeiknüppel sind kein Mittel, um ein Festival gegen den (in Venedig berechtigten) Protest von Künstlern, Studenten und Kritikern in seiner Existenz zu erhalten.

Wen wundert es, daß die Protestierenden bei der Anwendung solcher Methoden von einer „kapitalistisch-faschistischen Kunstdiktatur“ sprechen und damit recht haben. Es wird kein vernünftiger Mensch in Abrede stellen, daß an der kulturpolitischen Situation in Deutschland und in den betroffenen anderen Ländern vieles im argen liegt, das es Filmfestivals gibt, die kritische Auseinandersetzungen scheuen und lieber eine kommerzielle Dornröschen-Plüsch-Existenz führen, anstatt Forum für eine aktuelle und zeitgemäße Bestandsaufnahme zu sein, daß große Kunstausstellungen zusammengestellt sind unter allen möglichen sachfremden, nur nicht unter kunstinmanenten Gesichtspunkten.

Diese Situation wird sich jedoch nicht dadurch ändern, daß Gruppen revolutionärer Prägung sich in sinn-, ziel-, fruchtlosen und zumeist sachfremden Agitationen und Provokationen ergehen, denn sonst werden eines Tages Filmfestivals gesprengt, weil die Autopreise gestiegen sind, Kunstausstellungen okkupiert, weil Unzufriedenheit mit der Außenpolitik einer Regierung besteht, und schließlich Literaturpreise nur deshalb boykottiert, weil man sich einfach daran gewöhnt hat, zu revoltieren, sabotieren, boykottieren und zu sprengen. Ebensovienig geht es an, daß die etablierten „Kulturverwahrer“ sich taub stellen gegen berechnete und dringlich anstehende Reformen und, anstatt bessere Festivals zu machen, ihre Fossilien mit Polizeigewalt am Leben zu erhalten suchen.

Die augenblicklich in Berlin laufenden Filmfestspiele hätten, bei einer Einsicht beider Positionen, einen Wendepunkt markieren können; die ersten Tage schon zeigten, daß auch diesmal die Chance verschleudert wurde.

Peter Kress



BSZ-Leser antworten

Betr. den Titel-Akt (BSZ Nr. 24)

Die demnächst zu erwartenden „außergewöhnlichen Maßnahmen“, über die Sie uns durch ein zweifelhaftes Foto ins Bild setzen, können wohl nur als eine Art Schocktherapie zur Umstimmung des Lehrkörpers verstanden werden, weil anders kein Sinnzusammenhang zwischen Bild und Unterschrift zu erkennen ist.

Zu dem Foto selbst möchte ich das bekannte Wort Heinrich von Treitschkes zitieren: „Ein Volk, dessen Frauen aufgehört haben sich zu schämen, ist dem Untergang geweiht.“

Ich bin überzeugt, daß durch die Veröffentlichung des genannten Bildes (ausgerechnet in einer Studentenzeitung) berechnete Zweifel darüber entstehen können, ob es der Studentenschaft in ihrem gegenwärtigen Kampf um hohe Ziele auch auf die Erhaltung geistiger und sittlicher Werte ankommt.

Sollten Sie — ermutigt durch den schnellen Umsatz der BSZ mit der Dame — entsprechende „außergewöhnliche Maßnahmen“ auch bei Professorinnen und Dozentinnen anwenden wollen, so bleibt logischerweise zu befürchten, daß das erläuternde Foto etwa den „Sittenstrolch“ zeigen würde, der laut Polizeibericht vom 4. 6. 68 in einer Parkanlage „sich in ärgernisregender Weise entblößt hatte“.

Daß meine Zuschrift in einer BSZ veröffentlicht wird, wage ich nicht zu glauben. Jedoch halte ich für den Fall, daß ich in zweideutiger Weise nach der BSZ vom 16. 5. gefragt werde, eine Durchschrift dieses Briefes als eindeutige Antwort bereit. Ich bin gewiß, mit der vorliegenden Kritik im Sinne vieler Kommilitoninnen und Kommilitonen gesprochen zu haben.

Gabriele Morschöck,
stud. phil.,
Bochum-Dahlhausen

Moby

Führerscheinfrei
Kein Schalten
Kettenantrieb
für jede
Wetterlage

399,-
+ Fracht

Henke

BOCHUM, KORTUMSTRASSE 117
das führende Moped-Haus

Verfassungsklage erwogen

MÜNSTER. (dpa) — Eine Verfassungsklage unter Berufung auf das grundsätzlich verankerte Recht der freien Meinungsäußerung will die Studentenschaft von Münster in Erwägung ziehen, wenn die Universität wegen der politischen Aktivität der Studenten „dauernd zum Kadi laufe“.

Schalla nimmt Stellung

Ihre Darstellung „Schalla feuert Schauspielerin“ ist in mehreren Punkten richtigzustellen.

So ist es falsch, daß sich am 29. Mai die Mehrzahl der Schauspieler mit der Ruhr-Aktion solidarisierte. Die Chance, daß sich die Mehrheit aller Theatermitglieder und des Publikums mit den Studenten zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Notstandsgesetze zusammengefunden hätte, wurde durch das Verhalten der Demonstranten veran.

Es ist weiterhin falsch, daß der Generalintendant eine Diskussion an dem betreffenden Abend „still für sich“ abgelehnt hat. Vielmehr hatte das Schauspielhaus vor Theaterbesuchern und Demonstranten bekanntgegeben, daß nach regulärem Ablauf der Vorstellung die Ensemblemitglieder einschl. des Generalintendanten zu einer öffentlichen Aussprache zur Verfügung stünden. Die Theaterbesucher nahmen diesen Vorschlag in einer Abstimmung an. Die Demonstranten verhinderten, daß dieser Beschluß wirksam wurde. Sie ignorierten die Aufforderung, die Seitengänge des Parketts zu räumen, solange diese Gänge

nicht frei sind, darf nach den Sicherheitsbestimmungen keine Veranstaltung beginnen. Die Demonstranten waren über diesen Sachverhalt aufgeklärt worden. Sie setzten außerdem ohne Zustimmung des Publikums und der Theaterleitung das Auftreten des Straßentheaters durch, so daß die vorgesehene Abendvorstellung wiederum nicht beginnen konnte.

Soviel Intoleranz und Unsachlichkeit gegenüber dem geschäftsbereiten Kreis von Zuschauern und Theaterleuten veranlaßten den Generalintendanten, die Ordnung durch Schließen des Hauses wieder herzustellen. Der BSZ-Berichterstatler schreibt, an dem bewußten Abend hätten sich etwa 200 Zuschauer und die gleiche Zahl der „NS-Gegner“ die Waage gehalten. Dieser Art der Gegenüberstellung versucht den Anschein zu vermitteln, als seien die Theaterbesucher alles andere, nur keine NS-Gegner gewesen. Solche Praktiken der „Information“ erinnern allerdings fatal an das Vorgehen der NS-Presse.

Eine Zeitung, die sich wie die BSZ gegen öffentliche Meinungsmanipulation wendet, sollte die angeprägten Methoden nicht schlichtweg kopieren, indem sie die Wahrheit nach Bedarf umfährt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß es Zeit wird, das Gespräch zwischen Studentenschaft und Theater auf eine sachliche Basis zu stellen. Wir sind selbstkritisch genug, um zu erkennen, was wir selbst dabei versäumt haben. Die Mitglieder des Schauspielhauses bereiten zur Zeit einen Plan vor, den sie der Studentenschaft mit dem Ziel vorlegen wollen, dauerhafte, nützliche Kontakte zueinander zu schaffen.

Die Intendanz des Schauspielhauses Bochum

Anmerkung der Redaktion:

Die Stellungnahme der Schauspielhausintendanz ist in ihrem letzten Absatz voll zu billigen. Die Gespräche haben auch bereits begonnen.

Aber: Kontakte zur Studentenschaft werden erst dann sich als nützlich erweisen, wenn es auch gelungen ist, gemeinsam ein öffentliches Forum zu schaffen, auf dem jeder Bürger Fragen stellen kann, die von verantwortlicher Stelle seitens der städtischen Kulturbehörde und des Schauspielhauses beantwortet werden.

Um nun über die Vorstufe gegenseitiger Polemik hinauszukommen, erscheint es möglich, nochmals zur Stellungnahme des Theaters Stellung zu nehmen. Obwohl diese Stellungnahme vor allem verdrängt, weshalb es zum Go-in gekommen ist: nicht wegen der Gesetzesverabschiedung in Bonn, sondern weil es den Schauspielern verboten wurde, innerhalb des Hauses politisch Stellung zu nehmen, was in Frankfurt übrigens der Intendant in beiden Häusern tat.

GILBERT HUSEL'S

POP STRIPS

WAS MAN IN DER WAHLWOCHE TUN KANN

STUDIEREN

sich auf den WAHLBALL vorbereiten am 5.7.

ESSEN

SCHLAF SCHLAF SCHLAF

SCHLAF SCHLAF SCHLAF

DER NICHT nicht DIE NICHT nicht DAS NICHTS denkt gar nicht daran

WAHLEN

DIESMAL MIT GEWINN: WAHLBETEILIGUNG RATEN, BÜCHER SCHEFFELN

Contacta Institut

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.

Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

WOHIN IM URLAUB

Rumänien
St. George/Donaudelta
2 Wochen
429,- DM

TÜRKEI

BILLIG WIE NOCH NIE!

Flüge nach Istanbul ab DM **165,-**

Zugreise nach Istanbul ab DM **110,-**

Hohe Preisermäßigungen in der Türkei für Studenten:
40% bei Eisenbahnfahrten
60% auf Fähren
50% in Kinos und Theatern
50-80% bei öffentlichen Verkehrsmitteln

Fordern sie das „Kursbuch für schmale Brieftaschen“ oder unser großes Reiseprogramm an.

Auslandsstelle

DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES G.M.B.H.

53 Bonn, Dietkirchenstraße 30

Beratung und Buchung bei:
Studenten-Reisedienst beim
Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum,
Lennershofstraße 66, Baracke 8
(neben der Mensa), Telefon 51 14 57

Aufgeschnappt

Die Wahlschlacht hat begonnen. Für die HSU dichteten Deutschlands Dichter im Gruppen-Workshop:

„Viel zu modernistisch“, konterte Böries von Münchenhausen ein Ringelnetz-Poem und produzierte Eigenes:

„Die Glocken stürzten vom Bernwardsturm, / der Regen durchrauschte die Straßen. / Und durch die Glocken und durch den Sturm / ertönt des Urhorns Blasen. / Das Büffelhorn, das lange geruht, / Veit Stoßberg nahm's aus der Truh'. / Das alte Horn, es brüllt nach Blut / und wimmert: HSU.“

„Grr . . .“, grunzte Friedrich, „viel zu pathetisch. Kurz und leicht verständlich ist das Gebot der Stunde: Festgemauert in der Erden / steht die Form, aus Lehm gebrannt. / Soll sie jemals etwas werden: / HSU ins Parlament!“

Nicht weniger um Ironie bemüht (ob's die Leser wohl merken?) zeigte sich die Bochumer Studenten-Union, die die Bochumer Maoisten durch folgenden Kernsatz zur Wahl zu locken versuchte: „Leider ist Genosse Mao Tse-tung schon Vorsitzender der Kommunistischen Partei in China, sonst wäre er sicher Mitglied der Bochumer Studenten-Union.“

Der ehemalige Bochumer SHB-Altaktivist Michael Breland hat jetzt als Studentenparlamentarier in Gießen sein Lebensziel erreicht, nämlich ein „rotes“ Image zu gewinnen.

Im Großen Senat hatte Breland vor der Wahl des neuen Rektors Personalbefragung gefordert. Daraufhin entfuhr dem empörten Frühgeschichtler Prof. von Brunn der Satz:

„Halt die Schnauze, du rotes Schwein!“ Danach gab's Spektakel, an dessen Ende die Studenten sogar mit ihrer Forderung durchdrangen.

Überschrift in der Frankfurter Rundschau: „Rotes Schwein“ siegte in Gießen.“

FILME

„My Darling Clementine“

1946 vom großen alten Mann des amerikanischen Westerns, John Ford, mit Henry Fonda und Victor Mature in den Hauptrollen gedreht, kann als Paradebeispiel dafür gelten, wie Legendenbildung und Hollywood aus dubiosen Killer-, Erpresser- und Falschspielergestalten den Mythos vom edlen, gesetzestreuen Heroen zu weben wissen.

Am 21. Oktober 1881 fand in Tomstone, Arizona, die legendärste Schießerei des amerikanischen Westens, der „Kampf am O. K. Corral“, statt. Wie später auch in John Sturges „Gunfight at the O. K. Corral“ schlägt in „My Darling Clementine“ dort der Sheriff Wyatt Earp, Prototyp des selbstlosen, unerschrockenen und gesetzestreu Einzelkämpfers, erfolgreich seine Schlacht gegen die Gewalttätigkeit des ganz Arizona mit seiner Bande terrorisierenden Outlaws „Old Man Clanton“.

Neue Recherchen haben ergeben, daß die „true story“ des Helden dazu sehr diametral aussah: Wyatt Earp, Schläger, Berufsspieler, rücksichtsloser Killer und gelegentlich allenfalls aus taktischen Gründen auf der Seite des Gesetzes, hatte zusammen mit seinem zwielichtigen Freund, dem heruntergekommenen Zahnarzt und Revolverhelden „Doc“ Holliday, eine Postkutsche überfallen.

Um nun Clanton, der von der Geschichte Wind bekommen hatte, am Reden zu hindern, arrangierten sie einen brutalen Zusammenstoß im O. K. Corral, bei dem Clanton getötet wurde.

Doch das alles ändert nichts an der Tatsache, daß Ford mit „My Darling Clementine“ einen ausgezeichneten Film gemacht hat. Mit verschwenderischer Liebe zum Detail und mit einer Meisterschaft der Charakterisierung schaffte er hier ein Werk, dessen dramatische Struktur sich auf seine Weise mit der aller großen A-Western messen kann.

Daß die, für einen Western integrale, Authentizität erschüttert wurde, ändert nichts an der Tatsache, daß „My Darling Clementine“ ein ungeheuer spannender Film und die schönste Film-Legende über den alten Westen bleiben wird. (am 10. Juli)

Kritische Uni in Gießen

GIESSEN. — Das Studentenparlament der Gießener Universität hat alle Professoren, Assistenten und Studenten dazu aufgerufen, zusammen mit Lehrern, Schülern und Arbeitern eine „Kritische und Politische Universität“ in Gießen zu gründen, wie sie während der Diskussion um die Notstandsgesetze spontan von den Studenten schon ausgerufen worden war. Jeweils ein Tag der Woche soll für diese Politische Universität freigegeben werden. Sie soll nach dem Willen der Studenten den Namen Georg Büchners tragen und im Wintersemester 1968/69 mit der Arbeit beginnen.

Mitteilungen zur Wahl

Anders als auf dem Wahlzettel ausgedruckt heißt die LUS: Liste Unabhängiger Studenten (statt Liste unabhängiger Studentengemeinschaften).

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote - Miete - Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

Besser geht's mit Coca-Cola

TRINK Coca-Cola Coke

COCA-COLA und COKE sind eingetragene Warenzeichen für ein und dasselbe allbekannte koffeinhaltige Erfrischungsgetränk.

Elektr. Schreibmaschinen

gebraucht, Neuwert DM 1500,-
ab DM 195,-

75 Rechenmaschinen

gebr., mit u. ohne Kontrollstreifen.
Reparaturen schnell und preiswert.

Günther Lilie — Bochum

Südring 35 - Telefon 6 77 27

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Reinhard Zimmermann, Stephan Bock, Carla Boulboullé, Gerhard Huck)

Auflage: 7000 Exemplare

Redaktionelle Leitung: Gerhard Huck

Anzeigenleitung: Christine Schipplack

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55

Bankverbindung: Westfalenbank AG, Konto-Nr. 906 859

Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum, Hüttenstraße 3-5, Telefon 3 30 43

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum (Studentenwerk Bochum e.V.), 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel.: 51 14 57.